

In den Fortschritt der Schweiz investieren



**MATTHIAS MICHEL, STÄNDERAT
PRÄSIDENT POLITIKTEAM FUTURE**

Die Prioritäten des Bundesrates haben sich spürbar geändert. Nach zwei Jahrzehnten mit nachhaltigen Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation haben sich die finanzpolitischen Akzente nun in Richtung Armeeausgaben verschoben. Doch: Auch Sicherheit(stechnologie) braucht Forschung und Innovation.

Aufgrund des nach der Pandemiebewältigung angeschlagenen Bundeshaushalts müssen alle schwach gebundenen Bereiche einen Sparbeitrag leisten. Die BFI-Akteure trifft es jedoch besonders hart: Die Kürzungen im Budget 2024 haben die finanzielle Basis für die gesamte BFI-Periode 2025-2028 massgeblich geschmälert. Bei der nun erwarteten BFI-Botschaft wird mit einer Drosselung der Investitionen gerechnet.

Während zwei Jahrzehnten mit stabiler BFI-Finanzierung hat sich die Schweiz positiv entwickelt. Bildung, Forschung und Innovation sind wesentliche Basis für unseren Wohlstand und für Perspektiven der jungen Generationen. Um Nachwuchs auszubilden, in der Forschung führend zu bleiben und innovative Branchen zu fördern, brauchen die BFI-Akteure nebst einer soliden Finanzierung vor allem Planungssicherheit. Diese fehlt: Staat und Gesellschaft erwarten von den BFI-Akteuren Höchstleistungen, sichern aber die dazu notwendige langfristige Finanzierung nicht.

Das Parlament muss seine bestehenden Verpflichtungen ernst nehmen und bei neuen Bundesaufgaben zurückhaltend sein. Nur mit anhaltenden Investitionen in den BFI-Bereich wird die Schweiz als Innovationsland mithalten können.

S. 2

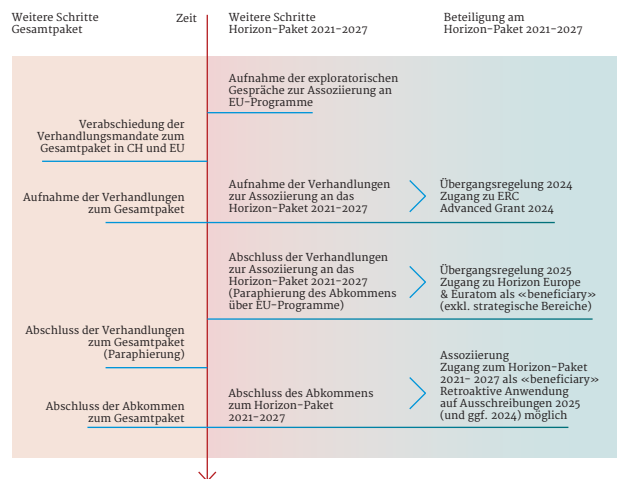
EU-PROGRAMME

Noch ein weiter Weg bis zur Assoziierung

Im Frühling wird der Bundesrat voraussichtlich den Beginn von bilateralen Verhandlungen mit der Europäischen Union (EU) bekannt geben. Vom Fortschritt dieser Verhandlungen hängt auch die Möglichkeit für eine Assoziierung an Horizon Europe und Erasmus+ ab.

S. 3

HORIZON EUROPE 2021-2027 Finanzierung der Schweizer Beteiligungen



S. 4

MOVETIA

WBK-S tritt nicht auf neues Gesetz ein

ETH-BEREICH

Zusätzliche Budgetkürzung

FIFG

Gesetzesänderung für bessere Begleitung des CERN

DER BFI-BEREICH AN EINEM WENDEPUNKT

Wissenschaft und Politik: Einladung zu einem informellen Austausch

Impressum

Münstergasse 64/66, 3011 Bern / T +41 31 351 88 46
info@netzwerk-future.ch, www.netzwerk-future.ch
Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt. // © Netzwerk FUTURE 2024

EU-PROGRAMME

Noch ein weiter Weg bis zur Assoziierung

Im Frühling wird der Bundesrat voraussichtlich den Beginn von bilateralen Verhandlungen mit der Europäischen Union (EU) bekannt geben. Vom Fortschritt dieser Verhandlungen hängt auch die Möglichkeit für eine Assoziierung an Horizon Europe und Erasmus+ ab. Aus Sicht der Schweizer BFI-Organisationen ist eine rasche Aufnahme der Verhandlungen erforderlich, da die Übergangsmassnahmen die negativen Folgen des Ausschlusses aus Horizon Europe nicht kompensieren können.

Im Frühling 2024 dürfte der Bundesrat die Aufnahme von Verhandlungen über ein drittes Paket von bilateralen Abkommen mit der EU bekannt geben und das Verhandlungsmandat verabschieden. Dieses hat zum Ziel, die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU weiterzuentwickeln und zu stabilisieren. Eine vollständige Beteiligung der Schweiz am EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation «Horizon Europe» und am EU-Bildungsprogramm «Erasmus+» ist darin ebenfalls vorgesehen. Die Akteurinnen und Akteure im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) begrüßen die Verabschiedung des Mandats und sprechen sich für eine rasche Assoziierung an Horizon Europe aus. Vom Verhandlungsmandat bis zur Assoziierung ist es allerdings noch ein weiter Weg.

Die Assoziierung an Horizon Europe kann erst nach dem Abschluss der bilateralen Verhandlungen erfolgen. Die Assoziierungsverhandlungen zum Horizon-Paket und zu Erasmus+ sind Teil der Verhandlungen über das Gesamtpaket. Nach dem Verhandlungsbeginn soll eine Übergangsbestimmung für die Teilnahme von Forschenden aus der Schweiz an den Ausschreibungen des Europäischen Forschungsrats (ERC) im Jahr 2024 wirksam werden. Ihre Anträge für dieses Förderinstrument sollen wieder zugelassen werden; die bewilligten Stipendien wird die Schweiz direkt finanzieren. Bei den übrigen Instrumenten von Horizon Europe bleibt die Schweiz vorerst im Status eines nicht-assoziierten Drittstaats. So sind Innovationsakteure weiterhin von den Einzelförderungen des Europäischen Innovationsrats (EIC) ausgeschlossen.

Die Übergangsbestimmung könnte im Jahr 2025 auf sämtliche Ausschreibungen von Horizon Europe und Euratom erweitert werden. Damit dieses Szenario eintritt, müssen jedoch zwei Bedingungen erfüllt sein: Einerseits müssen in den Gesamtverhandlungen mit der EU ausreichend Fortschritte erzielt werden, andererseits muss das Assoziierungsabkommen zum Horizon-Paket fertig ausgehandelt und paraphiert sein. Diese Verknüpfung mit den Fortschritten in den Verhandlungen zum Gesamtpaket vergrössert die Unsicherheiten über den Zeitplan für eine Assoziierung an Horizon Europe. Sollten die Verhandlungen mit der EU scheitern, würde die Schweiz weiterhin ein nicht-assoziiertes Drittland bleiben.

Die Zeichen der Erosion sind sichtbar
Der Ausschluss aus Horizon Europe dauert nun schon drei Jahre an. Die Zeichen der erodierenden Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Forschung und Innovation sind heute sichtbar. Die vom Bund finanzierten Übergangsmassnahmen federn die schwierige Situation zwar ab, können die vollständige Beteiligung am EU-Programm jedoch nicht ersetzen.

Aufgrund des Status als nicht-assoziiertes Drittland sind Forscherinnen und Forscher in der Schweiz unter anderem von den ERC-Ausschreibungen und der Marie-Sklodowska-Curie-Massnahmen (MSCA) ausgeschlossen. Diese Einzelförderungen sind für die Hochschulen besonders wichtige Finanzierungsquellen. Sie zahlen einen hohen Preis, seit ihre Forschenden von diesen Förderinstrumenten ausgeschlossen wurden. Ihre Attraktivität bei der Rekrutierung der besten Wissenschaftstalente sinkt. Dies gilt ebenso für forschungsorientierte Unternehmen, die teilweise gezwungen sind, ihre Aktivitäten ins Ausland zu verlagern. Ausserdem können Forschungsgruppen mit Sitz in der Schweiz keine Projekte mehr koordinieren. Das hindert sie am Zugang zu Finanzierungsquellen und schwächt ihren Einfluss in ihren Disziplinen.

DER BFI-BEREICH AN EINEM WENDEPUNKT

Wissenschaft und Politik: Einladung zu einem informellen Austausch — Seite 4

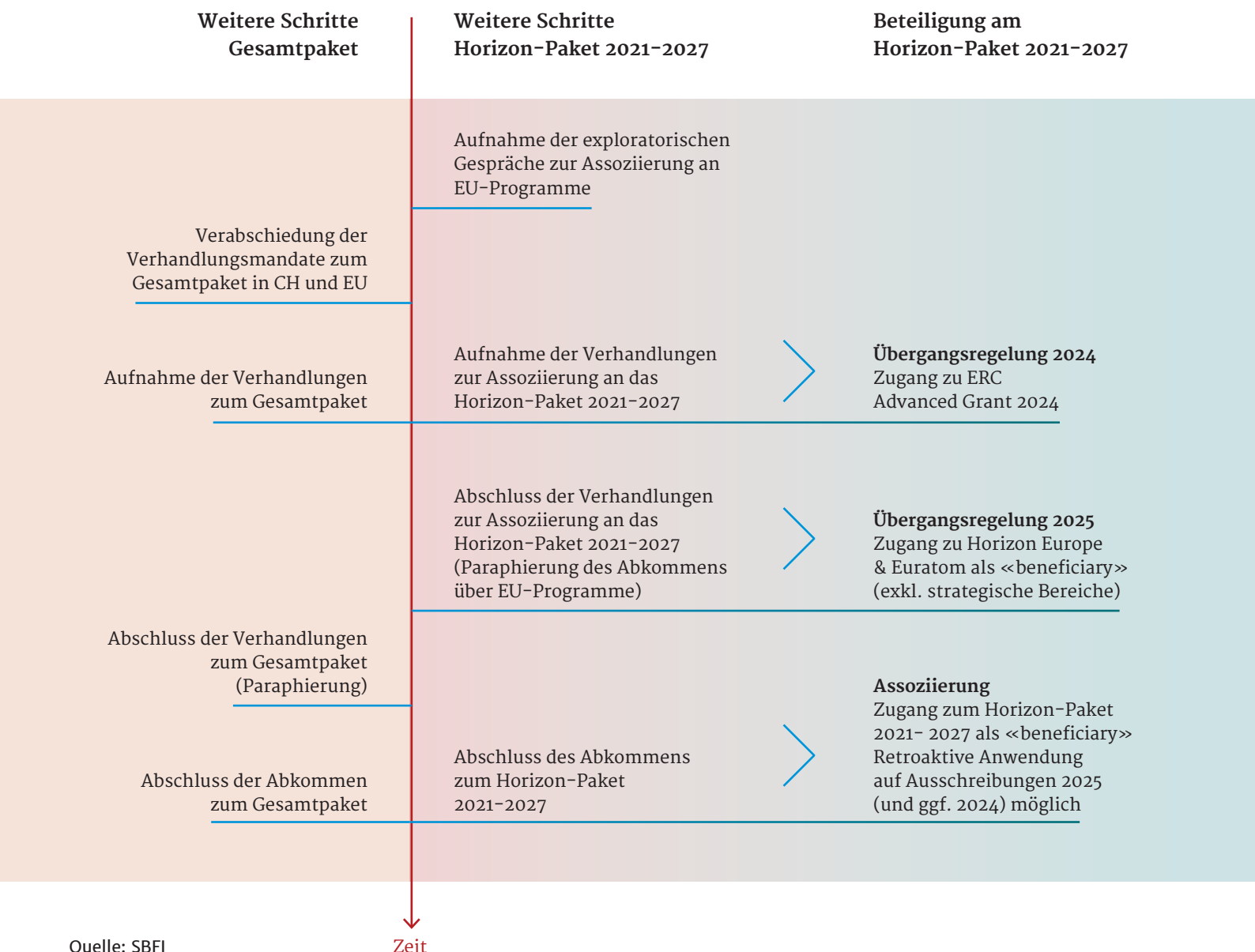
HORIZON EUROPE 2021-2027

Finanzierung der Schweizer Beteiligungen

Sobald die Schweiz die Verhandlungen mit der Europäischen Union (EU) über das Gesamtpaket sowie über die Assoziierung an das Horizon-Paket 2021-2027 aufgenommen haben wird, soll eine Übergangsregelung für die Jahre 2024 und 2025 in Kraft treten. Sie wird Schweizer Forschenden den Zugang zu Instrumenten des EU-Programms ermöglichen, die ihnen bislang nicht zugänglich waren, wie beispielsweise Förderungen des Europäischen Forschungsrats (ERC). Bis zum Inkrafttreten eines Assoziierungsabkommens wird die Finanzierung

der Schweizer Beteiligungen jedoch weiterhin durch das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) gewährleistet. Erst nach einem Abschluss der Abkommen sowohl zum Gesamtpaket als auch zum Horizon-Paket könnte die Schweiz voll an Horizon Europe assoziiert werden. Ab diesem Zeitpunkt würde die Finanzierung der Schweizer Beteiligungen wieder von der EU übernommen, wobei die Schweiz ihre jährlichen finanziellen Pflichtbeiträge leisten müsste.

Assoziierung an das Horizon-Paket 2021-2027



MOVETIA

WBK-S tritt nicht auf neues Gesetz ein

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates (WBK-S) beschloss mit 9 zu 4 Stimmen, nicht auf das neue Movetiagesetz einzutreten. Mit dem Gesetzesentwurf, den der Bundesrat an das Parlament überwiesen hat, soll die nationale Agentur zur Förderung von Austausch und Mobilität innerhalb des Bildungssystems in eine eigenständige öffentlich-rechtliche Anstalt umgewandelt werden. Der Bundesrat beabsichtigt, Movetia eine grössere Unabhängigkeit zu gewähren. Die Mehrheit der WBK-S ist jedoch der Ansicht, dass sich die Agentur in ihrer aktuellen Rechtsform bewährt hat und keine Statusänderung notwendig ist. Der Ständerat wird sich in der dritten Sessionswoche mit der Vorlage befassen.

ETH-BEREICH

Zusätzliche Budgetkürzung

Ende Januar 2024 kündigte der Bundesrat im Rahmen der Vorbereitung des Bundesbudgets 2025 weitere Sparmassnahmen an. Davon betroffen ist auch der ETH-Bereich, der nebst den Querschnittskürzungen mit einer einmaligen Kürzung in der Höhe von 100 Millionen Franken rechnen muss. Der Bundesrat begründet diese Massnahme mit einem erwarteten strukturellen Finanzierungsdefizit von über 2 Milliarden Franken im Jahr 2025 sowie mit seinem strategischen Ziel, die Reserven des ETH-Bereichs abzubauen. Der ETH-Rat befürchtet seinerseits eine Schwächung des Bereichs. Die geplanten Kürzungen gefährden die Umsetzung von bedeutenden Projekten im Interesse der Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft.

FIFG

Gesetzesänderung für bessere Begleitung des CERN

Der Bundesrat will einen Sachplan des Bundes ausarbeiten, der sich auf die Projekte der Europäischen Organisation für Kernforschung (CERN), dem weltweit grössten Zentrum für physikalische Grundlagenforschung mit Sitz in Genf, konzentriert. Ziel dieses Sachplans ist eine bessere Begleitung der CERN-Projekte durch die Schweiz. Der Bundesrat verabschiedete dazu in Abstimmung mit dem Kanton Genf eine Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation (FIFG). Diese Änderung sieht rechtliche

Der BFI-Bereich an einem Wendepunkt

Wissenschaft und Politik: Einladung zu einem informellen Austausch

Das Netzwerk FUTURE freut sich, die Mitglieder des Bundesparlaments zu einem informellen Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der Schweizer Hochschulen und Organisationen der Forschungs- und Innovationsförderung einzuladen. Der Austausch findet am Montag, 11. März 2024, von 14.00 bis 17.00 Uhr im Kommissionszimmer 4 im Parlamentsgebäude statt.

Im Mittelpunkt stehen die Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025-2028, die Auswirkungen der angekündigten Budgetkürzungen sowie die aktuellen Unsicherheiten und internationalen Perspektiven.

Folgende Personen werden für Fragen der Parlamentsmitglieder zur Verfügung stehen:

Yves Flückiger, Präsident der Akademien der Wissenschaften Schweiz (A+), und **Marianne Bonvin Cuddapah**, Geschäftsführerin von A+

Matthias Egger, Präsident des Forschungsrates des Schweizerischen Nationalfonds (SNF), und **Angelika Kalt**, Direktorin des SNF

Annalise Eggimann, Direktorin der Innosuisse

Michael Hengartner, Präsident des ETH-Rates, **Joël Mesot**, Präsident der ETH Zürich, und **Martin Vetterli**, Präsident der EPFL

Luciana Vaccaro, Rektorin HES-SO und Präsidentin von swissuniversities, und **Virginia Richter**, Vizerektorin und designierte Rektorin der Universität Bern

Das Netzwerk FUTURE dankt Ihnen für Ihre Anmeldung per E-mail an petra.studer@netzwerk-future.ch.

und raumplanerische Instrumente sowie eine Aufteilung der Kompetenzen zwischen dem Bund und dem Kanton Genf vor. Mit der Anpassung des FIFG soll sichergestellt werden, dass die Projekte des CERN mit den politischen Zielen des Gaststaates Schweiz in den Bereichen Forschung, Umwelt und Raumplanung vereinbar sind. Die interessierten Kreise äusserten sich in der Vernehmlassung grundsätzlich positiv zur Änderung des FIFG. Der Bundesrat überwies den Gesetzesentwurf an das Parlament, das die Beratung demnächst aufnehmen wird.